

die Tätigkeit öffentlichkeitswirksamer und im Verbund mit anderen Organisationen entfaltet. Eine selbst auferlegte Zurückhaltung ist unge-rechtfertigt und erfolgshemmend.

Werner Großmann

\* \* \*

Die Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR haben die sanfte Revolution mitgetragen. Armee und Polizei haben kampflös die Waffen niedergelegt und den Sturm der Bürger gewähren lassen. Eine historische Tat einer wahrhaften Volksarmee und Volkspolizei eines souveränen deutschen Staates, der sich anschließend friedlich mit seinem früheren politischen Gegner vereinigen konnte. Die Soldaten, Polizisten und Offiziere erwarten den Vollzug der bürgerlichen Rechte, die im Grundgesetz enthalten und vom Kanzler verkündet wurden. Doch kaum war die Einheit vollzogen, zeigte der Sieger sein wahres Gesicht. Keine Fairneß im Umgang mit den Besiegten, dafür aber Ausgrenzung, Kriminalisierung, sozialer Absturz, Entwürdigung mit allen Mitteln der Gesetze, des Rentenstrafrechts, der Medien und der politischen Meinungsmanipulation. Diese Wirklichkeit steigerte sich von Jahr zu Jahr.

Zur Durchführung unserer verfassungsgemäßen sozialen Rechte vertritt unsere Interessengemeinschaft auch die legalen Forderungen nach Gerechtigkeit für Ärzte und Mitarbeiter der Med. Dienste, die selbstlos und jederzeit mit hohem Engagement der Gesundheit ihrer Patienten getreu dem humanistischen Anliegen eines jeden Sanitätsdienstes dienen. Meine früheren Kameraden, die Sanitäts-offiziere der Wehrmacht, sind hochangesehene Persönlichkeiten und stolz auf ihre Vergangenheit. Uns wird diese Ehre versagt. ISOR hat es sich zum Ziel gesetzt, unsere Rechte in diesem Rechtsstaat einzuklagen und allen Betroffenen beizustehen.

Generalmajor a.D. (Mdl)

OMR Prof. Dr. med. Karlheinz Kelch

\* \* \*

Wie viele Bürger in den neuen Bundesländern und alle Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR habe ich um die mir gesetzlich erworbenen und zustehenden Rechte zu kämpfen. Die größten Aussichten auf einen erfolgreichen Kampf sind

dann möglich, wenn wir einheitlich und geschlossen in einer Organisation auftreten.

Ich habe mich ISOR angeschlossen. ISOR setzt sich konsequent für die sozialen Rechte der ehemaligen Angehörigen der Schutz- und Sicherheitsorgane der DDR ein, kennt am besten ihre spezifischen Probleme und garantiert eine qualifizierte Rechtsberatung durch anerkannte Juristen. Je stärker ISOR ist, je mehr ehemalige Angehörige der NVA Mitglied von ISOR werden, um so wirksamer können die Interessen der NVA-Angehörigen, also auch meine Interessen, vertreten werden.

Ich fühle mich durch ISOR gut vertreten.

Admiral a. D. der NVA  
Theodor Hoffmann

\* \* \*

Durch die kontinuierliche und zielstrebige Arbeit von ISOR wurden schon Teilerfolge im Kampf gegen das "Rentenstrafrecht" und die Diskriminierung ehemaliger Angehöriger erreicht.

Die Mitgliederzahl von über 17.000 und der ständige weitere Zugang von Mitgliedern ist der Beweis dafür, daß unsere Organisation auf dem richtigen Weg ist.

Aber zu viele unserer ehemaligen Angehörigen stehen noch abseits und harren der Dinge, die auf sie zukommen. Es ist höchste Zeit, daß diese die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der Solidargemeinschaft erkennen und sich aktiv einreihen. Wer nicht um seine Rechte kämpft, der hat schon verloren oder nach der Weisheit, "allein trägt man keinen Balken mittleren Gewichts, gemeinsam kann man Berge versetzen".

Generaloberst a. D. (Mdl)  
Karl-Heinz Wagner

\* \* \*

Die ISOR unterstütze ich, weil sie sich konsequent gegen die fortlaufende Diskriminierung der ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR einsetzt.

Zur Zeit liegt der Schwerpunkt bei den Renten, was ich für sehr richtig halte. Wer kann schon bei heutigen Preisen mit 800 DM leben. In Zukunft wird sich die ISOR jedoch auch den jüngeren Jahrgängen widmen. Damit meine ich eine wirk-

same Unterstützung gegen die vielen und zum Teil sehr harten Ungerechtigkeiten gegenüber den Mitarbeitern der bewaffneten Organe der DDR. Das muß sich ändern, das muß wirklich demokratisch werden. Deshalb meine ich, je mehr sich vor allem auch Jüngere in der ISOR vereinigen, desto mehr können wir erreichen.

Frank Seiler, Chemnitz, 26 Jahre

\* \* \*

An der Seite vieler Freunde und Genossen habe ich an der Gründung und Entwicklung unserer Organisation in Potsdam mitgewirkt. Inzwischen hat sich ISOR im Kampf für Rentengerechtigkeit zu einer starken und festen Gemeinschaft der Freundschaft und Solidarität entwickelt.

Den ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR, vor allem den ehemaligen Angehörigen des MfS, die den Weg noch nicht zu uns gefunden haben, rufe ich zu: Werdet Mitglieder unserer Organisation. Kämpft an unserer Seite mit rechtsstaatlichen und politischen Mitteln gegen den Mißbrauch des Rentenrechts als politisches Strafrecht. Wir brauchen die Solidarität aller.

Prof. Dr. sc. Willi Opitz, Potsdam

\* \* \*

Niemand von uns, nicht einmal zehn Frauen und Männern die wir uns am 22. März 1991 in einem Bürgerklub in Berlin-Lichtenberg versammelt hatten, ahnte damals im entferntesten, was hieraus entstehen würde. Wir waren im Auftrag von Teilnehmern der am 18. März 1991 von der PDS-Abgeordneten der Lichtenberger Bezirksverordnetenversammlung Astrid Karger einberufenen Protestversammlung beauftragt worden, Schritte zu unternehmen gegen den Hinauswurf von Rentnern und Versorgungsempfängern der sogenannten Sonderversorgungssysteme aus der Krankenpflichtversicherung.

Als wir noch mitten drin waren, uns in der Krankenversicherungsfrage Klarheit zu schaffen, um gegen diese Ungerechtigkeit anzugehen, kam der Entwurf des Rentenüberleitungsgesetzes (RÜG) auf uns zu und forderte energische Proteste und Widerstand.

Das war unsere erste Bewährungsprobe. Es sei daran erinnert, daß auch durch die Proteste und den Widerstand unserer damals überall entstehenden Initiativgruppen das RÜG anders beschlossen wurde, als es der Entwurf vorsah.

Auf diese Weise vom nun vereinigten deutschen Staat empfangen, wuchs der Widerstand und die Solidarität; daraus entstand unser Verein.

Heute sind wir im Kampf um Rentengerechtigkeit gegen das Rentenstrafrecht ein nicht mehr wegzudenkender Faktor in der politischen Landschaft. Unser Wort zählt und wirkt. Es wird um so wirksamer und erfolgreicher, wenn sich uns noch mehr Betroffene aus den Sonderversorgungssystemen anschließen.

Nur mit der Kraft, dem Widerstand und der Solidarität vieler werden wir noch erfolgreicher sein können.

Generalinspekteur a. D.  
Prof. Dr. Willi Hellmann

\* \* \*

Warum bin ich Mitglied der ISOR geworden?

Eigentlich ist die Frage sehr einfach und schnell zu beantworten, wenn ich Ziele, Zweck, Aufgaben und Grundsätze der Satzung vor Augen habe. Aber mit einer so oberflächlichen Antwort ist wohl kein denkender Mensch heute zufrieden.

Wenn hunderttausende Bürger eines Staates von den einfachsten Menschenrechten - eine zufriedenstellende Versorgung im Alter - ausgeklammert werden, muß auch ich mit demokratischen Mitteln versuchen, hier eine Änderung herbeizuführen.

Und ISOR ist für mich die Organisation, die mir eine sachliche und optimale Vertretung meiner Forderungen garantiert. Im Alleingang gegen dieses Unrecht vorzugehen, erachte ich als einen nicht gangbaren Weg.

Heute beginnen doch auch viele ehemalige Angehörige der NVA, ihre Sprachlosigkeit nach Jahren des Schweigens abzulegen und ihre Forderungen öffentlich zu machen. Deshalb sollte sich jeder dieses Personenkreises überlegen, ob er nicht auch Mitstreiter bei ISOR wird. In dieser Vereinigung liegt unsere

Stärke und damit unser abzu-sehender Erfolg.

Generalmajor a. d. der NVA  
Helmut Geisler, Prora/Rügen

\* \* \*

Bei Gesprächen mit einigen Herren über die Mitgliedschaft bei ISOR höre ich manchmal: "Meine Interessen werden durch den Bundeswehrverband ausreichend vertreten und mit Politik will ich nichts mehr zu tun haben."

Dieser Argumentation kann ich nicht folgen.

ISOR ermutigt und hilft praktisch allen, die ihre sozialen Rechte einfordern. Die Veranstaltungen besuche ich gerne und mit großem Interesse, weil hier kompetent über die Entwicklung auf dem Gebiet des Rentenrechtes informiert wird und man einfach Kameradschaft spürt.

Die solidarische Begleitung der Klagen vor den Sozialgerichten stärkt alle Betroffenen. ISOR bewegt sich im Rahmen des Grundgesetzes und des geltenden Rechts. Wir brauchen aber noch mehr Öffentlichkeit. Es geht da nicht nur um die Abwehr des weiteren sozialen Abstiegs einer großen Gruppe von Menschen, sondern um die Verhinderung des ständigen Abbaues des "Sozialen" im Staat BRD.

Daß ISOR dazu für alle offen ist und mit allen Verbänden und Vereinigungen, die gleiche Ziele verfolgen, ohne Vorbehalte und Bedingungen zusammen arbeitet, ist ein guter Weg. Darum meine ich, alle Betroffenen sollten Mitglied bei ISOR sein.

Generalleutnant a. D. der NVA  
Gerhard Kunze

\* \* \*

Die Gründung der ISOR war eine folgerichtige Konsequenz der Bundesdeutschen Sozialgesetzgebung zur politischen Strafverfolgung im Sozialrecht gegen sogenannte Systemträger der ehemaligen DDR. Parallelen dazu gab es nur in der Rentengesetzgebung des faschistischen Deutschen Staates gegenüber Juden und Polen.

Grundgesetz und Rechtsstaatlichkeit, auf die sich die in Bonn Regierenden immer wieder lautstark berufen, wurden ein weiteres mal mit Füßen getreten.

Mit der Auflösung des ehemaligen MfS standen noch Einzahlungen der Mitarbeiter von über 3,2 Milliarden Mark an den Staatshaushalt der ehemaligen DDR zu Buche. Ähnlich war es sicher auch bei den anderen bewaffneten Organen und der Zollverwaltung, die an gleicher Stelle im Finanzministerium die Gelder für ihre Altersversorgung einzahlten. Wo ist dieses Geld geblieben? Zur Rechtsnachfolge entsprechend dem Einigungsvertrag gehört auch das.

Wir verlangen keine überhöhten Renten, wie es Herr Blüm demagogisch über sogenannte Umfragen den Bürgern suggerieren will, sondern die Anwendung der gültigen Normen des Rentenrechtes.

Dafür kämpft ISOR und dafür ist sie sich der Unterstützung vieler Menschen der ehemaligen DDR gewiß.

Es gilt der Grundsatz, nur wer nicht kämpft, hat schon verloren - und nach diesem Grundsatz handeln wir.

Günter Möller

\* \* \*

Was halte ich von ISOR?

Sehr viel!

Mit der ISOR haben alle Mitglieder sich eine Interessengemeinschaft geschaffen, die konsequent auf der Grundlage der Verfassung der BRD gegen den Mißbrauch des Rentenrechtes als politisches Strafrecht kämpft. Durch die ISOR werde ich von sachkundigen Rechtswissenschaftlern sowie Anwälten auf dem Weg zu meinem Recht begleitet. Als einzelner bin ich von der Kompliziertheit sowie der finanziellen Seite her nicht in der Lage, mein Recht einzuklagen.

Karlaugust Arndt, Rostock

\* \* \*

Die ISOR tritt für den Schutz der sozialen Rechte aller ehemaligen Angehörigen der DDR ein. Die Wirksamkeit der Arbeit kann nur durch die aktive Mitarbeit aller Betroffenen erreicht werden. In den letzten Jahren konnten doch viele Erfahrungen gesammelt werden. Der Cottbuser Vorstand der ISOR unter Leitung von Horst Parton und die vielen sehr aktiven Mitglieder des Vorstandes haben eine ausgezeichnete Arbeit geleistet. Ich bedanke mich bei allen, die viele Mitglieder gewonnen haben und einer Vielzahl von Mitgliedern geholfen haben, Widersprüche gegen Entgeltbe-

scheide und gegen Rentenbescheide einzulegen.

Zur Information der Mitglieder werden regelmäßig Veranstaltungen in den Wohnbezirken durchgeführt, die sehr zahlreich besucht werden. Ich rufe alle ehemaligen Volkspolizeiangehörigen und auch noch Angehörige der Polizei auf: Organisiert Euch in ISOR! Nur eine Massenbewegung vermag Unrecht

zu überwinden. Ich habe bereits 3 Briefe an den Bundeskanzler geschrieben und auch Antworten erhalten. Sie sind zwar nicht zufriedenstellend, aber dennoch lehrreich. Der Begriff "staatsnah" wird kaum noch angewandt, dafür "persönliche Biographie" und "Typisierung von Personen", oder "wer dem kommunistischen System in besonderer Weise gedient hat". Die massive Kritik von Betroffenen, von Initia-

tiven und Verbänden wird eine Änderung erreichen.

Horst Selent, Cottbus

\*\*\*

Die Veröffentlichung von Beiträgen zu den Fragen "Was wünsche ich ISOR?" und "Was halte ich von ISOR?" wird in ISOR aktuell 5/94 fortgesetzt.

(Einige Beiträge sind redaktionell gekürzt)

Versorgungsbüro  
Wehrbereichsverwaltung IV  
Postfach  
15331 Strausberg

Original für Berechtigten

- Entgeltbescheinigung nach § 8 Abs. 2 AAÜG -

Versicherungssumme

4,0,0,0

Name, Vorname

Zeitraum		Jahresbruttoarbeitsentgelt		Entgelt nach AAÜG		3-Monats	
Monat	Jahr	DM	PT	DM	PT	DM	PT
7	54	7920	7	3117	7	120	1
7	55	10500	8	4268	8	120	1
7	56	11538	8	4392	8	120	1
7	57	12850	9	4551	8	120	1
7	58	13510	9	4849	8	120	1
7	59	14940	9	5169	8	120	1
7	60	14940	9	5320	8	120	1
7	61	15835	9	5433	8	120	1
7	62	17605	10	5570	8	120	1
7	63	17210	10	5682	8	120	1

**Beispiel einer Rentenberechnung eines ehem. NVA-Offiziers für 10-jährige Dienstzeit von 1954 bis 1963, letzter Dienstgrad: Hauptmann**

**Legende:**

1 2 0  
 ↳ Einstufung als leitende Tätigkeit bei Überschreitung von 1,4 Entgeltpunkten  
 ↳ Versorgungssystem der NVA  
 ↳ Berechnungsgrundlage, gekappt nach AAÜG

Für einen NVA-Offizier, letzter Dienstgrad Hauptmann, der von 1954 bis 1963 gedient hat, vermindert sich seine monatliche Rente um rund 250 DM, Das sind 42 % des Rentenanspruches aus seiner Dienstzeit. Die jährliche Geldstrafe für 10-jährige Dienstzeit beträgt im vorliegenden Beispiel 3000 DM und bei Dynamisierung der Rente erhöht sich auch der absolute Kappungsbetrag.

## Politiker zum RÜG/AAÜG

**Gesprächsreihe in Schwerin:  
ISOR fragt -  
Politiker antworten**

"Wir fragen - Politiker antworten", so lautet das Motto einer Gesprächsreihe, zu der die TIG Schwerin Politiker des Landtages eingeladen hatte. Bisher sind der Einladung die Fraktionsvorsitzenden Herr Johannes Scheringer, Fraktion der PDS/LL, Herr Dr. Ringstorff, Fraktion der SPD und Herr Walter Goldbeck, Fraktion der FDP gefolgt. Für April/Mai 1994 ist der Fraktionsvorsitzende der Fraktion der CDU eingeladen.

Die Fraktion der PDS/LL setzt sich konsequent für eine Korrektur des

RÜG ein, erklärte Johannes Scheringer.

Herr Dr. Ringstorff brachte im Dialog am 10.01.1994 u.a. wörtlich zum Ausdruck:

"Für die Politik und die Politiker wäre es beschämend, wenn es wiederum erst durch das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe zu einer Veränderung der Gesetzeslage im RÜG/AAÜG käme."

Herr Goldbeck sprach sich dafür aus, daß auch für die ehemaligen Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR soziale Gerechtigkeit erreicht werden muß. Gleichberechtigung im Rentenrecht wäre für alle die billigste soziale Investition.

\*\*\*

Dr. Peter-Michael Diestel, MdL:

### Es lohnt sich zu streiten

Heute ist es leicht, so zu tun, als wäre es ganz selbstverständlich gewesen, daß die hunderttausenden Bewaffneten freiwillig und ohne Gegenwehr auf ihre Macht verzichteten.

Heute ist es einfach, jede Gelegenheit zu nutzen, um ehemalige Offiziere und andere Angehörige der Sicherheitsorgane der DDR zu denunzieren und öffentlich verächtlich zu machen.

Es bleibt eine Tatsache, daß es noch nie besonders heldenhaft war, den Gegner zu demütigen, nachdem

Schlacht und Krieg längst zu Ende waren, und der geschichtlichen Wahrheit wird man darüber hinaus auch nicht gerecht.

Erinnern wir uns. Der Zusammenbruch der DDR war nicht nur Resultat des wirtschaftlichen Niedergangs, sondern auch Konsequenz einer über lange Jahre zustande gebrachten Entspannung, die die politischen Wirklichkeiten in Mitteleuropa veränderte. Heute gibt es viele, die im Westen an ihre eigenen Verdienste gern erinnern. Den Umstand allerdings, daß diese Politik auch im Osten unter viel komplizierteren Bedingungen durchgesetzt werden mußte und durchgesetzt wurde, vergißt man inzwischen gern. Natürlich können die Motive, die einzelne Personen dabei gehabt haben, ganz unterschiedlich beurteilt werden - verantwortliches Handeln blieb es aber in jedem Fall.

Wer immer eine Geschichte der DDR schreiben wird, kommt an der Tatsache nicht vorbei, daß es auch in der Partei, der Armee und der Polizei etc. verantwortlich Handelnde und oft sogar mutige Frauen und Männer gegeben hat. Allein schon darum ist die pauschale Bewertung dieser Personen nach den Kriterien System- und Staatsnähe abzulehnen.

Ich bin ganz sicher, daß die Wiedervereinigung zweier ehemals feindlicher Staaten ihren einmalig friedlichen Charakter nur dadurch hat wahren können, daß sich alle darauf verlassen haben, in eine Rechtsordnung einzutreten, die nur Taten abstrafte, aber keine Gesinnungen. Es hat unabsehbare Auswirkungen für den Rechtsstaat, wenn sich bei ganzen Bevölkerungsteilen der Eindruck verfestigt und bestätigt, daß diese Hoffnung getrogen hat. Darum ist es so bitter notwendig, nicht länger darauf zu vertrauen, daß durch andere die eigenen Interessen berücksichtigt werden, sondern ihre Durchsetzung in die eigenen Hände zu nehmen.

Mit reinem Gewissen hat jedermann nicht nur das Recht, sondern von nun an auch die Pflicht, aufrecht und selbstbewußt zu gehen. Nur dann werden wir uns unseren Platz in der Einheit erstreiten und der Verfälschung unserer Geschichte wirksam begegnen.

## Wahlprüfsteine

Wen soll man wählen?  
Dumme Frage! (Obwohl es eigentlich keine dummen Fragen, sondern nur dumme Antworten gibt.)

Wir wählen Personen und Parteien oder Wahlbündnisse,

- die sich für Rentengerechtigkeit engagieren,
- die dem RÜG/AAÜG, so wie es jetzt ist, den Garau ansagen,
- die für die Verwirklichung von sozialer Gerechtigkeit eintreten,
- die um mehr Menschlichkeit in dieser Gesellschaft kämpfen.

Das sind die wichtigsten unserer Wahlprüfsteine.

Im übrigen haben die Organisationen und Verbände der Rentnerinitiative am 2. Dezember 1993 Wahlprüfsteine beschlossen, die ISOR vorbehaltlos unterstützt.

**Aus der Großen Anfrage des Abgeordneten Dr. Ullmann und der Gruppe Bündnis 90/Die Grünen**

(Drucksache Nr. 12/6918)

## RENTENKÜRZUNGEN IN DEN NEUEN BUNDESLÄNDERN

... Der im Einigungsvertrag vorgehene Abbau ungerechtfertigter Privilegien und eine Kürzung bei schwerwiegenden Rechtsverstößen hat nicht stattgefunden. Stattdessen werden durch das AAÜG undifferenziert und ohne Individualprüfung pauschale Rentenkürzungen bei Tätigkeit in staatsnahen Systemen und Funktionen vorgenommen. . .

... Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist es unverständlich, daß erworbene und durch die Rentenüberleitung vom gesamtdeutschen Gesetzgeber grundsätzlich anerkannte Ansprüche auf Altersversorgung in dieser Weise zur Disposition stehen können.

Auch wird von sachverständiger Seite bezweifelt, daß die durch das AAÜG vorgenommenen Rentenkürzungen mit dem Grundgesetz uneingeschränkt vereinbar sind. . .

\*\*\*

## PDS/LINKE LISTE: Was tun ?

Eine parlamentarische Korrektur des Rentenüberleitungsgesetzes ist die einzig humane Variante, den älteren Bürgerinnen und Bürgern in den neuen Bundesländern zu ihrem Recht zu verhelfen. Deshalb hat die PDS/LL den Entwurf eines Rentenüberleitungskorrekturgesetzes im Deutschen Bundestag eingebracht. Doch das Parlament bewegt sich nur, wenn äußerer Druck es erzwingt.

\*\*\*

## Was sagen die Machthaber in Bonn zu unseren Forderungen ?

Natürlich bleibt es nicht aus, daß viele ISOR-Mitglieder an diejenigen schreiben, die in Bonn das Sagen haben - an das Bundeskanzleramt, an Herrn Blüm, an Herrn Schäuble u. a.

Wie sehen die Antworten aus, wenn wir den Schmus beiseite lassen? Herr Anrick aus dem Bundeskanzleramt: " Die reale Schlechterstellung beruht ... nicht auf der Einschätzung als Systemträger des SED-Regimes", Herr Roppel im Auftrage von Herrn Schäuble: "...Allerdings gibt es Ausnahmen, bei denen es dem Gesetzgeber nicht gerechtfertigt erschien, die in den Zusatz- und Sonderversorgungssystemen erworbenen Anwartschaften ungeschmälert in die Rentenversicherung zu überführen ...damit (ist) kein persönlicher Schuldvorwurf verbunden. Maßgebend war eine typisierende Betrachtung der beruflichen Tätigkeit auf der Grundlage der ihr regelmäßig beizumessenden Bedeutung für die Aufrechterhaltung des politischen Systems der ehemaligen DDR".

Komme mit diesen Widersprüchen zurecht, wer will. Herr Roppel teilte ISOR mit, er sehe keinen legislativen Handlungsbedarf. Wir sehen uns dazu die Wahlprüfsteine an.

Angemerkt sei hier, daß sich die Deutschen immer im Nachhinein für Typisierungen zu schämen hatten: So, als die Sozialisten von Kaiser Wilhelm II vaterlandslose Gesellen genannt wurden oder in Deutsch-

lands jüngerer Vergangenheit, als Juden als Deutschlands Unglück oder die Russen als bolschewistische Untermenschen bezeichnet wurden. Nur einmal gab es keine Typisierung - bei den Entnazi-

fizierungen nach 1945. Man brauchte ja schließlich Nazis als hohe und höchste Beamte und Repräsentanten im Staats- und Justizapparat.

H. Sp.

## Wo stehen wir und wie geht es weiter?

von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann

Im Jahre 1994 werden alle vom Rentenstrafrecht des AAÜG erfaßt, die Ansprüche und Anwartschaften aus einem sogenannten Sonderversorgungssystem mitbringen.

Unmittelbar fühlbar wird es für die ehemaligen Angehörigen der NVA, des Mdl und der Zollverwaltung, deren Rente nach dem 01.01.1994 beginnt. Der bisherige Bestandschutz greift nicht mehr.

Bemerken werden es auch die bisherigen Rentenbezieher, deren Rente jetzt neu berechnet wird. Die bisherige Rente wird zwar weitergezahlt, wenn sie höher ausfällt als die Neuberechnete. Was viele aber schon beim Erhalt der Mitteilung der BfA über die Umwertung und Anpassung der Rente zum 01.07.1992 empört hat, wird jetzt voller Ernst. Auch die zwischenzeitliche Änderung durch das Ergänzungsgesetz zum Renten-Überleitungsgesetz (RÜ-ErgG) ändert daran wenig, vor allem für die Offiziere.

Für viele Rentner, die dem MfS angehörten, wird die Lage immer unerträglicher. Die schrittweise in Gang gekommene Neuberechnung bringt zwar Renten, die häufig über 1.000 DM liegen, aber gerade unsere sehr alten Rentner werden weiter auf die Wartebank geschoben. Es fehlen vielfach die Unterlagen für die Überführung ihres Rentenanspruchs. Bevor die Gauck-

Behörde Auskunft aus den Kaderunterlagen gibt, verstreicht gewöhnlich ein Jahr.

Was die alten und neuen Rentner jetzt erleben, lauert auf die Empfänger von Vorruhestandsgeld, befristeter erweiterter Versorgung und auch auf die noch in Arbeit Stehenden im Hintergrund. Es wird auf sie zukommen, wenn sie wegen Vollendung des 65. Lebensjahres (des 60. bei Frauen), wegen Erwerbs- oder Berufsunfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit Rente beantragen. Auch den Jüngeren bleibt nicht erspart, was die Alten und Älteren jetzt erleben. Solange das Rentenstrafrecht bestehen bleibt, gilt es auch für sie. Es ist ein Irrtum zu glauben, ein jetzt erzielt gutes Einkommen könne die spätere Rente vor den Auswirkungen der Kürzungsbestimmungen wesentlich schützen. Wer nach 15 Dienstjahren gerade noch mit dem Dienstgrad Major aus der NVA ausgeschieden ist, braucht z. B. etwa 20 Jahre Höchstes Einkommen bis zur Bemessungsgrenze, um eine Rente wie ein Oberfeldwebel beziehen zu können. Dieser Rente fehlen dann rund 40 % bis zur Höchstreute, solange die Strafbestimmungen noch gelten.

Jeder wird zum ersten Male mit dem Rentenstrafrecht persönlich konfrontiert, wenn ihm der Entgeltbescheid (Bescheid zur Überfüh-

rung des Rentenanspruchs aus der Sonderversorgung in die Rentenversicherung) zugeht.

### Bonn: Kein Handlungsbedarf!

Aus Bonn hört man, daß Regierung und Gesetzgeber kaum Bereitschaft zeigen, in absehbarer Zeit etwas zu ändern. Herr Blüm hat "Infas" fragen lassen, ob die Systemnahmen, die früher besser gestellt gewesen seien als ein normaler Bürger, nunmehr auch mehr Rente erhalten sollten als ein Durchschnittsrentner. Die so in die Irre geführten Befragten haben erwartungsgemäß mehrheitlich mit "Nein" geantwortet. Dagegen hat die PDS ihren Entwurf zum Rentenüberleitungs-Korrekturgesetz gestellt. Bündnis 90/Grüne haben im Bundestag die Regierung nach Auskunft über die wirkliche Lage angefragt. In den neuen Bundesländern haben die Parlamente die Landesregierungen beauftragt, im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zu ergreifen. Es ist noch ein weiter Weg, bevor sie sich auf einen Gesetzentwurf, den sie gemeinsam im Bundesrat einbringen können, geeinigt haben.

### Widerstand zeigt Wirkung

Nun ist auch das oberste Sozialgericht, das Bundessozialgericht, zur Auffassung gelangt, die Rentenkürzung auf 802 DM sei verfassungs-

### Ihr Ansprechpartner:

Raum für Mitteilungen der örtlichen territorialen Initiativegruppe (TIG)

Die Geschäftsstelle hat eine Broschüre, mit allen bisher von Prof. Dr. Azzola zum Rentenüberleitungsgesetz abgegebenen Stellungnahmen als Sonderausgabe von "ISOR aktuell" zum Vorzugspreis von 8,00 DM für ISOR-Mitglieder herausgegeben.

Bestellungen sind bei der Geschäftsstelle oder über die TIG möglich. Entsprechende Bestellzettel liegen bei den TIG-Vorständen vor.

widrig. Es wird sich deshalb an das Bundesverfassungsgericht wenden. Das ist ein wichtiger und hoffnungsvoller Schritt auf dem weiten Weg durch die Gerichtsbarkeit. Aber auch dieses Gericht muß sich mit der Hauptsache erst noch auseinandersetzen, mit der dauernden Rentenkürzung infolge der Einkommenskürzung nach § 6 Abs. 2 und 3 und § 7 AAÜG. Die ersten Revisionsverfahren liegen dazu vor. Ob darüber noch in diesem Jahr entschieden wird, ist eher unwahrscheinlich.

Vergessen und verkennen wir nicht, das alles ist nicht vom Himmel gefallen. Es ist Reaktion auf den Widerstand, den die Betroffenen bisher geleistet haben. Sie verdeutlicht, daß über die Veränderungen durch das RÜ-ErgG hinausgehend die Abschaffung des Rentenstrafrechts real möglich ist. Aber auch weiterhin wird nichts erreicht, wenn die Betroffenen sich nicht wehren. Die Politiker wurden nur munter, weil sie an der großen und ständig wachsenden Zahl unserer Mitglieder, an dem fortschreitenden Zusammengehen mit anderen Verbänden - bisher vor allem mit dem Förderkreis Senioren der GBM, dem Deutschen Bundeswehrverband und dem Bund der Ruhestandsbeamten, Rentner und Hinterbliebenen - und besonders an der Flut von Widersprüchen und Klagen sowie an der konsequenten zentralen Prozeßführung nicht mehr vorbeigehen können. Auch die Gerichte können dies nicht übersehen.

Die Solidarität beginnt ihre politische Wirkung zu zeigen. Sie hat unseren unermüdlich vor Ort wirkenden Mitgliedern die Türen zum sachlichen Gespräch mit den Politikern geöffnet. Stärken wir sie, indem wir unbeirrt unseren Weg fortsetzen.

### Solidarität braucht jeden

Die Solidarität braucht jeden und nützt jedem. Die große Zahl von Verfahren bei den Sozial- und Landessozialgerichten wie in den überlegt ausgewählten Fällen beim Bundessozialgericht und Bundesverfassungsgericht nützt allen. Sie erfordert aber auch Kraft und finanzielle Mittel. Dies erfordert auch die Solidarität derjenigen, denen selbst noch der Weg zu den Gerichten versperrt ist. Das tausendfache Wirken zur gegenseitigen Hilfe und Unterstützung an jedem Ort und die oft mühsam zusammengetragenen Mitgliedsbeiträge sind ein unschätzbare Quell unserer solidarischen Kraft.

Die Mitglieder von ISOR haben die Kraft der Solidarität längst erfahren. Es ist eine Tatsache, für die Angehörigen der sogenannten Sondersversorgungssysteme verfügt nur ISOR über die Kraft, jeden, der es wünscht, und nicht nur Ausgewählte, so zu unterstützen, daß er den Weg zu den Gerichten gehen und durchstehen kann. Dafür bürgt, getragen von der Kraft der Solidarität, das Wirken Prof. Dr. Azzolas, der Anwälte Bleiberg, Schippert und Wachtel. Dafür bürgen wir, die im Rechtsanwaltsbüro die tägliche Last der Prozeßführung tragen.

Das Jahr 1994 wird ein weiteres Jahr zählen Ringens um Rentengerechtigkeit sein. Es wird uns künftigen Erfolgen weitere Schritte näher bringen.

(Zwischenüberschriften: Redaktion)

#### HERAUSGEBER:

Vorstand der Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V.

Bankverbindung:  
Berliner Sparkasse  
Konto-Nr.: 171 302 0056  
Bankleitzahl: 100 500 00

Geschäftsstelle der ISOR e.V.:  
Siegfriedstr. 64  
10365 Berlin  
Telefon: (030) 5 59 32 92  
Fax: (030) 5 59 34 27  
Postanschrift: ISOR e.V.  
Postfach 0423  
10324 Berlin

Öffentliche Sprechstunden:  
Mittwoch 9 bis 13 Uhr  
Donnerstag 16 bis 19 Uhr  
Sprechstunde der Vorsitzenden:  
jeden 4. Donnerstag im Monat  
16 bis 19 Uhr

Neu: zum Rentenbescheid  
Dienstag 10 bis 12 Uhr

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

"ISOR aktuell" dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Selbstkosten für die Herstellung dieser Ausgabe: 1,00 DM pro Ex.

## Beitrittserklärung zur ISOR e. V.

Initiativegemeinschaft zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR  
- PF 0423 10324 Berlin -

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur ISOR e.V. als Mitglied  /förderndes Mitglied  . Mit dieser Erklärung erkenne ich die Satzung der ISOR e.V. an. Ich bin mit der satzungsgemäßen Speicherung und Verarbeitung der Daten dieser Erklärung einverstanden.

Name

Straße

Vorname

PLZ/Wohnort

geb. am

Telefon

Datum

Unterschrift